

IRAN

Dem mehrheitlich zum Ausdruck gebrachten NEIN zum Regime folgen nun landesweite Streiks

Aus mehr als 40jähriger Erfahrung ist die überwiegende Mehrheit der iranischen Gesellschaft längst dahinter gekommen, dass „Wahlen“ unter der Herrschaft der islamischen Republik hohl und sinnentstellend sind. Ein obskures Gremium an der Spitze der Machtpyramide des Regimes ernannt eine Handvoll bewährter Kader aus dem engsten Kreis der Führung zu Kandidaten und stellt sie zur „Wahl“. Auch dies gehört zu den „Wahlregeln“ des Regimes, dass als „Gewinner der Wahl“ stets die Person den Gang zur Urne verlässt, die von vornherein feststeht. Die Präsidenten-„Wahl“ dieses Jahrs fand am 18.03.1400 (28.06.2021) statt. Doch diesmal lief die Show nicht ganz nach Plan.

Aktuell leidet das gesellschaftliche Leben in Iran unter hoher Arbeitslosigkeit, galoppierender Geldentwertung, unzureichender medizinischer Versorgung und massiver Verelendung immer größerer Teile der arbeitenden Bevölkerung. Nach vorsichtiger Schätzung lebt mehr als die Hälfte der iranischen Bevölkerung unter dem Existenzminimum. Zwar tragen der seitens des Regimes künstlich am Leben erhaltene „Atom-Streit“ und die darauf folgenden US-Sanktionen dabei eine gewisse Rolle. Doch grundsätzlich sind die Unfähigkeit, die Korruption und die zum Himmel schreiende Wirtschaftskriminalität der führenden geistlichen und militärischen Persönlichkeiten des Regimes Schuld an der Misere. Die Unzufriedenheit sitzt bei der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung tief und die Suche nach Methoden und Möglichkeiten, die unzumutbaren Verhältnisse zu überwinden, ist in mannigfaltigster Form und überall spürbar. Die lohnabhängigen Teile der Bevölkerung gründen unter schwierigsten Bedingungen halb legale und halb illegale Organisationsformen, kämpfen um ihre Rechte und fordern das Regime heraus. In den letzten 3-4 Jahren erlebte Iran zwei erdbebenartige Massenaufstände, viele Beobachter*innen nannten sie Aufstand der Hungernden. Erst im Dez. und Jan. 2017/18 und dann im Okt. u. Nov. 2019 gingen in mehr als 100 iranischen Städten Abertausende Menschen auf die Straße und protestierten gegen die Diktatur, die Teuerung und die korrupte Führung. Das Regime setzte militärische Gewalt gegen die Demonstrierenden ein, tötete mehr als 1500 Menschen auf offener Straße und verhaftete eine unbekannte Zahl von ihnen. Sie werden eigentlich als Geiseln in Haft gehalten und werden nach und nach hingerichtet.

In einer solchen Zeit der Trauer, der Wut und der immer tiefer werdender Spaltung zwischen Volk und Herrschaft ging Anfang dieses Jahres das Wahltheater („Präsidentenwahl“!) los. Zur gleichen Zeit passierte etwas, was als Novum in der Ära der islamischen Republik in Iran bezeichnet werden kann. Parallel zur staatlichen Wahlpropaganda wurde auf Initiative von Einzelpersonen, Gruppen, Berufsverbänden und Organisationen die Losung ausgegeben: **Nein zur Wahl, ich gehe nicht zur Wahl, die Wahl ist die Angelegenheit der Regierung, sie müssen es unter sich ausmachen, meine Stimme kriegt ihr nicht!** Kurz vor der „Wahl“ verlagerte sich die „Nein-Front“ auf die Straße. In erster Linie junge Menschen, aber ebenso Frauen und Männer in unterschiedlichsten Altersgruppen waren auf den Straßen und öffentlichen Plätzen vor den Kameras und Mikrofonen zu sehen und zu hören und zwar mit solchen und ähnlichen Erklärungen: **Ich nehme nicht an der Wahl teil, kein Vertrauen. Wie bei all anderen Wahlen wird auch diesmal keine Veränderung kommen, alles wird nur schlimmer!** Am Ende

des „Wahl“-Tages offenbarten sich das Gewicht, der Einfluss und die Auswirkungen der „Wahl-Boycott-Front“ – wie einige aktiven Wahl-Gegner*innen in Iran diese Bewegung bezeichnen. Das Regime gab – nur gestützt auf seine Zahlen- u. Manipulationskünste – folgende Ergebnisse bekannt: Ca. 52% hätten an der Wahl *nicht* teilgenommen, von den ca. 38% der abgegebenen Stimmen (was mit den restlichen 10% ist, erklärt das Regime nicht!) seien vier Millionen ungültig und von den vier Kandidaten hätte Esmail Raisie (schiitischer Geistlicher und als Massenmörder seit bald 40 Jahren in Iran und international bekannt) mit ca. 17 Millionen Stimmen die Wahl gewonnen. Alle bisherigen „Wahl“-Ergebnisse, die das Regime der islamischen Republik veröffentlichte, hatten mit tatsächlichen Zahlen wenig zu tun und waren Phantasieprodukte der iranischen Zensurbehörden. Doch diesmal trieben die Herrschaften ihren Hang zu der „Zahlenkorrektur“ zu weit und leisteten ihrem Ruf als Realitätenleugner und Stimmenmanipulatoren einen großen Dienst. Die Quellen, die unabhängig vom Regime auch im Land trotz Zensur und Überwachung agieren, gaben folgende Zahlen bekannt: Die Wahlbeteiligung lag höchstens bei 20-30 Prozent (von ca. 60 Millionen Wahlberechtigten); über 70% blieben den Wahlurnen fern und sagten damit **NEIN** zur Wahl.

Auch internationale Medien gaben sich Mühe und äußerten sich über die „Wahl“-Ergebnisse in Iran: Nicht einmal die Hälfte der knapp 60 Millionen Wahlberechtigten habe bei der Präsidentenwahl mitgemacht (ARD Online). Wie intensiv die Zensur des iranischen Regimes arbeitet, wie genau oder ungenau die Zahlen der vom Regime unabhängigen Stellen sind und was genau mit „Nicht einmal die Hälfte“ gemeint sein soll. Ist unklar. Fest steht jedoch dieses Faktum: Eine beachtliche Mehrheit der Iraner*innen hat an diesem „Wahl“-Tag dem Regime ein deutliches und weltweit hörbares NEIN! präsentiert und ihm mit Hilfe des von ihm selbst zur Verfügung gestellten Instrumentariums die letzte Legitimation und Scheinheiligkeit genommen. Eine weitere Bedeutung dieser erfolgreichen Aktion besteht darin, dass sie ein Glied einer Kette von Protestbewegungen ist, die sich in Iran unaufhaltsam fortsetzt, weiterentwickelt und die bestehenden Verhältnisse ändern will.

Streikbewegung

Nur einen Tag nach der „Wahl“ erklären die prekär Beschäftigten der iranischen Erdöl- u. Erdgasindustrie, dass sie wegen ihrer miserablen Arbeits- u. Lebensbedingungen zum Streik aufrufen und wenn ihre Forderungen nicht erfüllt werden, werden sie gemeinsam mit ihren anderen Kolleg*innen den Streik ausweiten und fortsetzen. Die „Prekär-Beschäftigten“ in den Betrieben der iranischen Erdölindustrie gehören auf Grund ihrer Entlohnungs- u. Beschäftigungsart zu zwei Gruppen, die etwas differenzierter zu betrachten sind. Die Beschäftigten, die die erste Gruppe bilden, sind eigentlich Tagelöhner, die ohne Vertrag arbeiten, sehr schlecht bezahlt werden und den Launen und Entscheidungen ihrer Chefs (der Leihfirmen!) ausgeliefert sind. Sie können jederzeit entlassen werden. Die zweite Gruppe arbeitet auf der Grundlage von Verträgen oder „weißen Verträgen“, die sie mit Vermittlerfirmen abschließen. Sie werden den Fachbetrieben zur Verfügung gestellt (Weiße Verträge sind solche, die die Unterschrift der Arbeiter*innen tragen aber nicht die der Firma, das bedeutet, die Firma kann nach Bedarf den Vertrag für nichtig erklären!). Von solchen Subunternehmen gibt es in Iran inzwischen mehr als 4000 und schätzungsweise sind ca. 120 000 Kolleg*innen dank ihrer Vermittlung

prekär beschäftigt und somit der vier- bis fünffachen Ausbeutung ausgesetzt. Diese „Job-Büros“ sind Kinder der von der Weltbank und dem IWF diktierten „Privatisierung zur Liberalisierung der Märkte“ und treiben unter dem Schutz der eisernen Hand der islamischen Republik ihr Unwesen. Aus dieser Perspektive betrachte, tragen die Streiks der „Prekär-Beschäftigten“ per se sozialpolitischen Charakter und sind nicht nur auf betriebliche Angelegenheiten zwischen den Beschäftigten und der Firmenleitung zu reduzieren. In diesem Zusammenhang ist es wichtig auch darauf hinzuweisen, dass sehr viele Fest-Angestellten der Erdölindustrie ihre Arbeitsverträge mit den Vermittler- u. Leihfirmen abgeschlossen haben und ebenso mehrfach ausgebeutet werden. Die Streikenden haben innerhalb der ersten Woche ihres Streiks die iranische und internationale Öffentlichkeit durch eine Reihe von Erklärungen, die mit Bild- u. Video-Aufnahmen belegt und dokumentiert sind, auf ihre katastrophalen Arbeits- u. Lebensbedingungen aufmerksam gemacht. Sie erklären u.a., dass sie „vier bis fünfmal weniger im Monat verdienen“ als ihre fest angestellten Kollegen. (Während die festangestellten Arbeiter*innen der Erdöl- u. Erdgasindustrie monatlich zwischen 400-450 € monatlich verdienen, bekommen die befristet oder ohne Vertrag Beschäftigten je nach Gruppierung ca. 100-150 €!). An der iranischen Golfküste steigen die Temperaturen bis auf 50 Grad Celsius. Die Streikenden schreiben darüber: „Unter diesen Bedingungen stehen uns Container aus Metall als Unterkunft und Schlafstätte zur Verfügung, in solchen Containern müssen 9-10 Kollegen auf dem Boden schlafen.“ Weiter erklären sie: Die Ernährung ist nicht ausreichend von sehr schlechter Qualität. Für jeweils 400 Kollegen gibt es nur drei Duschen und drei Toiletten. Eine medizinische Versorgung existiert nicht ...

Die Streikenden fordern u.a.: Versammlungs- u. Organisationsfreiheit! Anstatt der Beschäftigungsverhältnisse ohne Vertrag oder mit befristeten Verträgen oder mit „Weißen Verträgen“: Sofortiger Abschluss von Dauerverträgen! Angleichung unserer Gehälter an die der Festangestellten! Änderung und Verbesserung der menschenunwürdigen Verhältnisse, die in unseren Unterkünften- u. bei der Versorgung herrschen! Sonst werden wir den Streik ausdehnen und fortsetzen!...

Interessanterweise erklärten die Festbeschäftigten der Erdölindustrie ihre Solidarität mit den streikenden Kollegen und warnten; sie würden sich dem Streik anschließen, wenn die Forderungen der Streikenden nicht erfüllt werden. Seit Bestehen der islamischen Republik geschieht es zum ersten Mal, dass die festangestellten Kolleg*innen sich mit den befristet oder ohne Vertrag beschäftigten Kolleg*innen öffentlich in aller Form solidarisch erklären und ihre Bereitschaft zum gemeinsamen Streik kundtun. Während der ersten Streikwoche haben namhafte iranische Gewerkschaften und ähnliche Organisationen, Berufsverbände und Vereinigungen wie die Haft-Tapeh-Gewerkschaft, die Gewerkschaft der Teheraner Bus- und Verkehrsbetriebe Vahed, die Metallarbeitergewerkschaft von Ahwaz und Khuzestan, Frauenorganisationen, Lehrer*innen-Vereinigungen, Vereinigungen der Studierende, der Rentner*innen... sich mit dem Streik solidarisch erklärt und ihre Unterstützung zugesagt. Bis 05.07.21 haben über 70 Betriebe landesweit Streiks angemeldet oder sind bereits in den Streik getreten. Die Mehrheit aller streikenden Betriebe gehört zu der iranischen Erdöl-, Erdgas- und petrochemischen Industrie.

Das Regime der islamischen Republik reagiert schon und hat den über 700 streikenden Kolleg*innen der Erdölindustrie im Großraum Teheran ein Ultimatum „mit sofortiger Wirkung“ gestellt: Sie beenden den Streik, sonst werden sie entlassen. Die Streikbewegung der Kolleg*innen der iranischen Erdölindustrie hat trotz aller Schikanen und Drohungen bereits jetzt geschafft, ihrem Arbeitskampf eine nationale Dimension zu verleihen. Die Streikenden versuchen, gemeinsam vorzugehen und verbreiten solidarische Standhaftigkeit, Zuversicht und praktizierte Solidarität. Zwar ist das Ende der laufenden Kämpfe völlig offen. Doch das bisher Erreichte ist schon ein großartiger Erfolg der fortschrittlichen Teile der iranischen Werktätigen. Sie machen nicht nur mit ihrem Streik die iranische Öffentlichkeit auf ihre Situation aufmerksam. Es gelingt ihnen, trotz Zensur, totaler Kontrolle und offener Unterdrückung eine landesweite Massenmobilisierung der zutiefst unzufriedenen Schichten zu organisieren und durchzusetzen. Das ist die eine Seite der iranischen Realität, die andere Seite ist die ernsthaft bedrohliche und repressive Politik, die vom Regime ausgeht. Die internationalistische Unterstützung scheint im Moment dringender als je zuvor notwendig und sinnvoll zu sein.

Denn praktische und international zu vernehmende Solidarität wird zweierlei Signale Richtung Iran senden: Die im Kampf befindlichen Kolleg*innen fühlen, sie sind nicht allein gelassen und haben Verbündete außerhalb der Grenzen Irans und die islamische Republik wird gewarnt, dass sie beobachtet wird und nicht mehr schalten und walten kann wie bisher.

Hoch die Internationale Solidarität

Gewerkschaftliche Initiative (Rhein-Main) für freie gewerkschaftliche Betätigung und Organisation im Iran (7. Juli 2021)